



/ Geschäftsbericht
Badische Rechtsschutzversicherung AG
2011

BADISCHE RECHTSSCHUTZVERSICHERUNG AG

/ Auf einen Blick

	2011	2010	2009	2008	2007
VERSICHERUNGSVERTRÄGE	165.481	159.142	152.645	146.806	140.235
GEBUCHTE BEITRÄGE (in Tsd. EUR)					
brutto	17.411	16.389	15.597	15.069	14.592
f. e. R.	12.191	11.466	10.918	10.549	10.215
GEMELDETE SCHÄDEN	29.080	28.845	27.011	25.591	24.704
AUFWENDUNGEN FÜR VERSICHERUNGSFÄLLE f. e. R. (in Tsd. EUR)	10.646	9.899	9.572	8.271	8.777
in % der verdienten Beiträge f. e. R.	89,1	88,6	89,7	79,8	88,1
AUFWENDUNGEN FÜR DEN VERSICHERUNGSBETRIEB f. e. R. (in Tsd. EUR)	1.226	1.095	981	869	861
in % der gebuchten Beiträge f. e. R.	10,1	9,5	9,0	8,2	8,4
JAHRESÜBERSCHUSS (in Tsd. EUR)	814	895	804	579	687
KAPITALANLAGEN (in Tsd. EUR)	37.835	35.520	33.207	27.886	24.910
LFD. DURCHSCHNITTSVERZINSUNG DER KAPITALANLAGEN (%)	3,5	3,9	4,2	4,3	5,1
VERSICHERUNGSTECHNISCHE RÜCKSTELLUNGEN f. e. R. (in Tsd. EUR)	28.878	27.166	25.414	23.725	21.211
BILANZSUMME (in Tsd. EUR)	40.579	37.883	35.001	32.261	29.124
EIGENKAPITAL (in Tsd. EUR)	9.062	8.548	7.550	6.746	6.167
in % der gebuchten Beiträge f. e. R.	74,3	74,6	69,2	64,0	60,4

LAGEBERICHT

/ Allgemeine Angaben

Kernkompetenz der Badischen Rechtsschutzversicherung AG ist Rechtsschutz und Dienstleistung „Rund ums Recht“ für Privatkunden in der Bundesrepublik Deutschland. Auf der Grundlage der „Allgemeinen Bedingungen für die Rechtsschutzversicherung (ARB)“ erstreckt sich unser Angebot auf alle dort aufgeführten Versicherungsarten.

Zweite Kernkompetenz als Spezialist für Rechtsschutz ist die Versicherung von Städten und Gemeinden, Landkreisen, Zweckverbänden und sonstigen kommunalen Einrichtungen in Baden auf der Basis der „Bedingungen für die Kommunal-Rechtsschutzversicherung für Kommunen“.

Mit der Spezial-Straf-Rechtsschutzversicherung wird unsere Angebotspalette abgerundet. Des Weiteren nutzen wir unser Know-how in der Schadenbearbeitung, indem wir auch als Schadenabwicklungsunternehmen tätig sind.

ALLGEMEINE ENTWICKLUNG IN DER RECHTSSCHUTZVERSICHERUNG

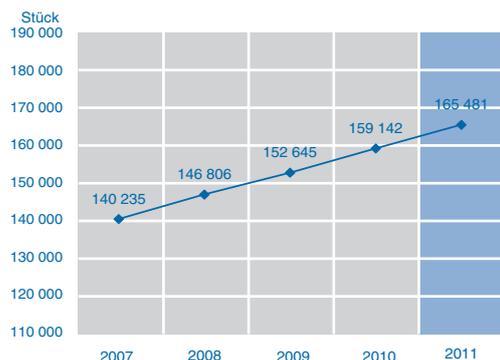
Die Vertragsstückzahlen des Geschäftsjahres 2011 sind im Markt leicht um 0,3 % gestiegen. Die Bruttobeitragseinnahmen konnten - auch aufgrund der Beitragsanpassungsklausel - um 2,6 % gesteigert werden.

Die Anzahl der gemeldeten Schäden ist gegenüber dem Vorjahr nur leicht rückläufig (-0,6 %). Die Zahlungen für Versicherungsfälle sind geringfügig zurückgegangen (-0,8 %). Auf den Arbeitsrechtsschutz entfällt mit 33,4 % nach wie vor der größte Anteil der Schadenzahlungen.

/ Bericht über den Geschäftsverlauf 2011

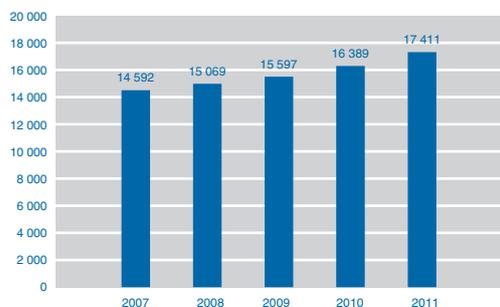
Die Badische Rechtsschutzversicherung AG hat ihren Wachstumskurs weiter fortgesetzt und den Bestand weiter ausgebaut. So stieg die Anzahl der mindestens einjährigen Verträge von 159.142 Stück auf 165.481 Stück an. Dies entspricht einer über dem Markt liegenden Zuwachsrate von 4,0 % (i. V. 4,3 %) und bestätigt den Erfolg unseres Produktkonzepts.

ENTWICKLUNG DER VERTRAGSSTÜCKZAHLEN



Der gebuchte Bruttobeitrag wuchs im Geschäftsjahr um 6,2 % und erreichte ein Volumen von 17.411 Tsd. EUR (i. V. 16.389 Tsd. EUR). Dieses gute Wachstum ist im Wesentlichen auf den positiven Verlauf des Neugeschäfts sowie auf eine Beitragsanpassung im Berichtsjahr zurückzuführen.

ENTWICKLUNG DER BRUTTOBEITRÄGE IN DEN LETZTEN FÜNF JAHREN IN TSD. EUR



Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle sind im Geschäftsjahr um 933 Tsd. EUR auf 14.293 Tsd. EUR (i. V. 13.360 Tsd. EUR) angewachsen. Ursächlich hierfür war neben einer moderaten Zunahme der gemeldeten Schäden insbesondere aber auch der Anstieg der Versicherungsleistungen für Versicherungsfälle im Vertragsrechtsschutz und im Großschadenbereich.

Da die Wachstumsrate der verdienten Bruttobeiträge im Geschäftsjahr 2011 leicht unter dem Anstieg der Bruttoaufwendungen für die Versicherungsfälle lag, hat sich die Brutto-Gesamtschadenquote von 83,4 % im Vorjahr auf 83,7 % im Geschäftsjahr verändert. Das Abwicklungsergebnis war wiederum positiv.

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb, die im Wesentlichen die Aufwendungen für den Vertragsabschluss und für die Verwaltungstätigkeit darstellen, erhöhten sich im Berichtszeitraum um 208 Tsd. EUR auf 2.531 Tsd. EUR (i. V. 2.323 Tsd. EUR).

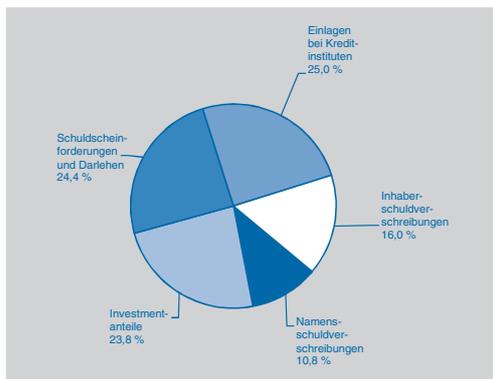
Der Nettokostensatz belief sich auf 10,1 % (i. V. 9,5 %).

Das versicherungstechnische Nettoergebnis erbrachte im Geschäftsjahr 2011 einen Gewinn in Höhe von 75 Tsd. EUR (i. V. 179 Tsd. EUR). Unter Berücksichtigung des Ergebnisses aus der Schwankungsrückstellung mit einer Entnahme in Höhe von 29 Tsd. EUR (i. V. Zuführung in Höhe von 33 Tsd. EUR) erzielten wir einen versicherungstechnischen Überschuss von 104 Tsd. EUR (i. V. 146 Tsd. EUR).

Die Netto-Combined-Ratio hat sich von 98,4 % im Vorjahr auf 99,4 % im Geschäftsjahr erhöht.

Die Kapitalanlagen sind um 2.315 Tsd. EUR auf 37.835 Tsd. EUR (i. V. 35.520 Tsd. EUR) angestiegen. Das Ergebnis aus Kapitalanlagen betrug 1.289 Tsd. EUR (i. V. 1.315 Tsd. EUR). Vor dem Hintergrund des niedrigen Zinsniveaus am Kapitalmarkt sind wir mit der erreichten laufenden Durchschnittsverzinsung in Höhe von 3,5 % (i. V. 3,9 %) zufrieden.

ZUSAMMENSETZUNG DER KAPITALANLAGEN:



Unter Berücksichtigung des versicherungstechnischen Ergebnisses von 104 Tsd. EUR (i. V. 146 Tsd. EUR) weisen wir ein positives Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit in Höhe von 1.141 Tsd. EUR (i. V. 1.248 Tsd. EUR) aus.

Nach Abzug des Steueraufwands von 327 Tsd. EUR erzielten wir einen Jahresüberschuss von 814 Tsd. EUR (i. V. 894 Tsd. EUR).

Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr in Höhe von 519 Tsd. EUR sowie der Einstellung in andere Gewinnrücklagen in Höhe von 400 Tsd. EUR belief sich der Bilanzgewinn auf 933 Tsd. EUR (i. V. 1.019 Tsd. EUR).

/ Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung und Ausblick

RISIKOBERICHT

Unter Risikomanagement verstehen wir die Gesamtheit aller organisatorischen Regelungen und Maßnahmen zur Risiko(früh)erkennung und zum Umgang mit den Risiken, die aus unserem unternehmerischen Handeln resultieren. Risiko definieren wir als Gefahr, dass die Badische Rechtsschutzversicherung AG ihre gesetzten Ziele nicht erreichen bzw. ihre Strategien nicht erfolgreich umsetzen kann. Risikocontrolling ist Bestandteil des Risikomanagements und beinhaltet die Erfassung, Analyse, Bewertung und Kommunikation von Risiken sowie die Überwachung getroffener Maßnahmen zur Risikosteuerung.

ZIELE UND GRUNDSÄTZE DES RISIKOMANAGEMENTS

Für die Badische Rechtsschutzversicherung AG ist die bewusste Steuerung und Überwachung von Risiken eine Kernaufgabe der Vorstände, aber auch die Aufgabe sämtlicher Fach- und Führungskräfte. Das Risikomanagementsystem mit seiner Frühwarnfunktion unterstützt sie dabei.

Das Risikomanagement der Badischen Rechtsschutzversicherung AG konzentriert sich auf solche Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden oder einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage haben können. Es entspricht den Anforderungen des KonTraG (§ 91 Abs. 2 AktG) und setzt im Wesentlichen die Mindestanforderungen an das Risikomanagement MaRisk (VA) in Verbindung mit § 64a VAG um.

Durch eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung des Risikomanagements setzt die Badische Rechtsschutzversicherung AG die externen Vorgaben weitestgehend um und bereitet sich gleichzeitig auf weitere Veränderungen aus dem Projekt „Solvency II“ der Europäischen Kommission vor. Um sicherzustellen, dass sich die Badische Rechtsschutzversicherung AG gezielt auf die Solvency II Anforderungen einstellt, wurde eine detaillierte Soll-/ Ist-Analyse durchgeführt, ein entsprechender Maßnahmenplan abgeleitet und ein konzernweites Projekt zur Umsetzung der zukünftigen Berichts- und Meldeanforderungen initiiert. Diese Vorgehensweise ermöglicht es der Badischen Rechtsschutzversicherung bei ihren Sachthemen die Anforderungen von Solvency II zu berücksichtigen.

Das Verständnis von Risikomanagement geht dabei über die Erfüllung gesetzlicher Vorschriften hinaus. Unser Risikomanagement zielt darauf ab, die Finanzkraft der Badischen Rechtsschutzversicherung AG zu sichern und die Entscheidungsträger bei der Unternehmenssteuerung zu unterstützen. Wir sehen Risikomanagement als elementaren Bestandteil der Unternehmenskultur und möchten durch eine effiziente Risikoorganisation sowie adäquate Risikoinstrumente und -verfahren Mehrwert schaffen. Der strategische Rahmen für das Risikomanagement und die risikopolitische Ausrichtung der Badischen Rechtsschutzversicherung AG ist in der Risikostrategie festgelegt. Abgeleitet aus der übergeordneten Geschäftsstrategie beschreibt sie Art und Umfang der wesentlichen Risiken im Unternehmen. Sie definiert Ziele, Maßnahmen und Instrumente für den Umgang mit eingegangenen oder zukünftigen Risiken. Grundsätzlich wird dabei eine angemessene Balance zwischen der Wahrnehmung von Geschäftschancen und dem Eingehen von Risiken angestrebt, wobei die Sicherung des Unternehmensfortbestands stets im Vordergrund steht. Bestandsgefährdende oder unkalkulierbare Risiken werden nicht eingegangen.

Ergänzend zur Risikostrategie haben wir im Risikohandbuch Leitlinien für das Risikomanagement sowie Standards für dessen organisatorische Ausgestaltung festgelegt.

RISIKOMANAGEMENTPROZESS UND -ORGANISATION

Das Risikomanagementsystem der Badischen Rechtsschutzversicherung AG zeigt entsprechend den aktuellen Vorschriften sowohl zentrale als auch dezentrale Ausprägungen. Das dem Vorstand der Badischen Rechtsschutzversicherung AG berichtspflichtige zentrale Risikomanagement ist für die Konzeption und die permanente Weiterentwicklung des unternehmensweiten Risikomanagementsystems sowie die bereichsübergreifende Steuerung der Risiken und Koordination des gesamten Risikomanagementprozesses zuständig.

Im Rahmen der festgelegten Risikostrategien und Leitlinien steuern die dezentralen Risikomanager der Badischen Rechtsschutzversicherung AG und die Leiter der Fachbereiche der BGV-Versicherung AG, soweit sie ausgegliederte Funktionen für die Badische Rechtsschutzversicherung AG wahrnehmen, die Risiken eigenverantwortlich. Durch die personelle und organisatorische Trennung von risikoverantwortenden und risikoüberwachenden Einheiten setzen wir das Prinzip der Funktionstrennung konsequent um. Der Risikomanagementprozess ist in den einzelnen Fachabteilungen und Funktionsbereichen als laufender Prozess angelegt. Er basiert auf der Risikostrategie und umfasst in einem iterativen Regelkreislauf die Hauptbestandteile Risikoidentifikation, Risikobewertung, Risikosteuerung, Risikoüberwachung sowie Risikoberichterstattung.

Im Rahmen der Risikoidentifikation erfassen, aktualisieren und dokumentieren wir eingegangene oder potenzielle Risiken regelmäßig. Die erkannten Risiken werden anhand von Eintrittswahrscheinlichkeiten und möglichen negativen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage hinsichtlich ihrer Wesentlichkeit für die Badische Rechtsschutzversicherung AG beurteilt. Hierzu gehört auch die Einschätzung, ob Einzelrisiken, die isoliert betrachtet von nachrangiger Bedeutung sind, in ihrem Zusammenwirken oder durch Kumulation im Zeitverlauf wesentlichen Charakter annehmen können. Mit Hilfe regelmäßig stattfindender Befragungen sämtlicher Fachbereiche über alle vorhandenen und latenten Risiken der Badischen Rechtsschutzversicherung AG erfolgt eine Verdichtung der Einzelrisiken zu Risikokategorien und danach zu einer Bewertung der Gesamtrisikosituation im Rahmen der internen Risikoberichterstattung.

Die Risikosteuerung und -überwachung wird mit Hilfe eines Risikotragfähigkeitskonzeptes und Limitsystems unterstützt. Limite werden für alle mit dem Standardansatz quantifizierten Risiken vergeben, deren Einhaltung sowie die ausreichende Bedeckung mit Eigenmitteln wird regelmäßig überwacht und dem Vorstand berichtet.

Die Risikoanalyse bestätigte, dass die sich für den Versicherungsbetrieb ergebenden Risiken durch das Risikomanagementsystem wirksam kontrolliert und gesteuert werden können.

Die Risikosituation der Badischen Rechtsschutzversicherung AG stellt sich zum Ende des Jahres 2011 wie folgt dar:

VERSICHERUNGSTECHNISCHE RISIKEN

Die versicherungstechnischen Risiken setzen sich zusammen aus:

- dem Prämien-/Schadenrisiko, d. h. dem Risiko, dass die kalkulierten Tarife sich als unauskömmlich herausstellen könnten, wodurch der Risikoausgleich im Kollektiv scheitert. Dies wäre dann der Fall, wenn die Schadenzahlungen höher sind als ursprünglich zu erwarten war oder Irrtümer bei der Schätzung der Schadenhäufigkeit oder -höhe auftreten, ohne dass eine rechtzeitige Anpassung der Beiträge und Versicherungsbedingungen möglich ist (Zufalls-, Änderungs- und Irrtumsrisiko);

- dem Reserverisiko, d. h. dem Risiko, dass die zu leistenden Schadenzahlungen höher sein könnten als die zum Zeitpunkt der Schadenmeldung erwarteten und dafür zurückgestellten Beträge. Als Folge einer solchen Entwicklung könnten Abwicklungsverluste entstehen.

Diese Risiken wurden auch im Jahr 2011 fachgerecht bewertet und durch unterschiedliche Risikovorsorgemaßnahmen begrenzt. Unter anderem trugen bedingungsgemäße Risikobegrenzungen, Annahmerichtlinien, eine vorsichtige Tarifierungspolitik sowie angemessene Schadenrückstellungen dazu bei, diese Risiken für die Badische Rechtsschutzversicherung AG transparent und kalkulierbar zu machen. Ein permanentes Schadencontrolling zeigt zudem frühzeitig negative Entwicklungen auf.

Durch einen Rückversicherungsvertrag mit dem Konzernunternehmen BGV-Versicherung AG wird das versicherungstechnische Risiko zusätzlich reduziert.

Die Gesamtschadenquote für eigene Rechnung veränderte sich von 88,6 % im Vorjahr auf 89,1 % im Berichtsjahr. Sie bewegte sich seit Gründung der Badischen Rechtsschutzversicherung AG zwischen 76,2 % und 102,3 %.

Hinsichtlich des Abwicklungsergebnisses für eigene Rechnung ergab sich für dieses Geschäftsjahr ein positives Ergebnis von 5,5 % im Verhältnis zu den Eingangsschadenrückstellungen. Die Abwicklungsergebnisse f. e. R. bewegten sich seit Aufnahme der Geschäftstätigkeit unserer Gesellschaft im Jahr 1997 zwischen -7,2 % und 14,4 %.

RISIKEN AUS DEM AUSFALL VON FORDERUNGEN AUS DEM VERSICHERUNGSGESCHÄFT

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2011 bestanden Forderungen an Versicherungsnehmer in Höhe von 100,2 Tsd. EUR. Im Verhältnis zu den gebuchten Brutto-Beiträgen beträgt die Außenstandsquote 0,6 % und liegt damit deutlich unter der Quote, die in der Vergangenheit in der Gesamtbranche beobachtet wurde. Begrenzt wird das Risiko durch eine regelmäßige Überwachung der Außenstände und einem systematischem Mahnverfahren.

Die durchschnittliche Ausfallquote der Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern lag im Zeitraum von 2009 bis 2011 bei ca. 0,1 %. Bei den restlichen Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen an die BGV-Versicherung AG aus dem Rückversicherungsgeschäft, die in der Zwischenzeit bereits ausgeglichen sind.

RISIKEN AUS KAPITALANLAGEN

Die Kapitalanlagen sind mehreren Risiken ausgesetzt, auf die im Folgenden eingegangen wird.

Die entsprechenden Maßnahmen zur Risikoreduktion bestehen in der Festlegung von Anlagerichtlinien, einer Limitsystematik, der Konzentration auf bonitätsstarke Emittenten sowie einer angemessenen Mischung und Streuung der Assets gemäß aufsichtsrechtlicher Anforderungen.

MARKTPREISRISIKO

Unter dem Marktpreisrisiko wird das Risiko einer negativen Wertveränderung einer Kapitalanlage aufgrund von Entwicklungen der zugrunde liegenden Marktrisikofaktoren wie beispielsweise Zin-

sen, Immobilienpreise, Aktien- und Währungskurse verstanden. Das Marktpreisrisiko setzt sich daher aus den Risikoarten Zinsänderungs-, Aktienkurs-, Fremdwährungs-, Immobilien- und Beteiligungsrisiko zusammen.

Währungsrisiken sind für die Badische Rechtsschutzversicherung AG aufgrund des Volumens der Fremdwährungsanlagen derzeit von untergeordneter Bedeutung.

Immobilien- und Beteiligungsrisiken bestehen keine.

Auswirkungen auf den Marktwert unserer Kapitalanlagen werden mit Hilfe regelmäßiger Szenarioanalysen und anhand unseres Limitsystems überprüft. Ein Zinsanstieg kann neben Kursverlusten auch zu Abschreibungen auf den Wertpapierbestand führen. Dieses Risiko ist bei uns begrenzt, da der größte Teil der festverzinslichen Wertpapiere aus Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen besteht und die Bilanzierung demzufolge zum Nennwert beziehungsweise zu fortgeführten Anschaffungskosten erfolgt. Ferner wird durch die generelle Buy-and-hold-Strategie der Badischen Rechtsschutzversicherung AG eine Realisierung von Kursverlusten vermieden.

Strukturierte Zinsprodukte, Asset Backed Securities und Credit Linked Notes werden unserem Portfolio nicht beigemischt. Darüber hinaus waren im Geschäftsjahr 2011 keine Geschäfte mit derivativen Finanzinstrumenten vorhanden.

Zur Beurteilung und Überwachung der Marktrisiken führen wir für unsere Aktien und festverzinslichen Anlagen regelmäßig Simulationen durch, die uns die Wertveränderung unseres Portefeuilles in Abhängigkeit zu Marktschwankungen aufzeigen.

Der Marktwert unserer Kapitalanlagen würde sich gegenüber dem Jahresende 2011 um die nachstehend angegebenen Werte verändern, wenn sich die Preise für Aktien und die Zinsen für festverzinsliche Wertpapiere im angeführten Maß nach oben oder unten bewegten.

AKTIENMARKTVERÄNDERUNG RÜCKGANG UM 10 %:		RENDITEVERÄNDERUNG DES RENTENMARKTES ANSTIEG UM 100 BASISPUNKTE:	
Veränderung des Marktwertes der Kapitalanlagen in EUR	-204.624	Veränderung des Marktwertes der Kapitalanlagen in EUR	-699.582
AKTIENMARKTVERÄNDERUNG RÜCKGANG UM 35 %:		RENDITEVERÄNDERUNG DES RENTENMARKTES RÜCKGANG UM 100 BASISPUNKTE:	
Veränderung des Marktwertes der Kapitalanlagen in EUR	-715.323	Veränderung des Marktwertes der Kapitalanlagen in EUR	+524.567

BONITÄTSRISIKO

Dieses Risiko, das auch als Kreditrisiko bezeichnet wird, bedeutet bei schlechter Bonität eines Engagements oder Schuldners (Emittenten) die Gefahr des vollständigen oder teilweisen Ausfalls von Zins und Tilgung.

Die Staatsschuldenkrise, insbesondere die Finanzkrise in Griechenland, und deren mögliche Konsequenzen für das europäische Finanzsystem bestimmen auch die öffentliche Diskussion in der Versicherungsbranche. Unmittelbare Folgen für die Badische Rechtsschutzversicherung AG, sind

mangels Investition in griechische Staatsanleihen nicht vorhanden, was vor allem in der restriktiven Kapitalanlagepolitik begründet ist. Dennoch birgt die Staatsschuldenkrise schwer abschätzbare mittelbare Risiken für den Euro-Raum, sowohl bezüglich des Euros als auch bezüglich der Bonität der Schuldner und wird deshalb im Rahmen des Risikomanagementprozesses aufmerksam beobachtet.

Ein wesentlicher Teil der festverzinslichen Wertpapiere in unserem Bestand sind Emissionen, die von der Bundesrepublik Deutschland, Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland oder von Banken in Form von (öffentlichen) Pfandbriefen mit gutem Rating ausgegeben wurden. Diese Emissionen lauten ausschließlich auf EUR.

Anlagen bei Kreditinstituten in Form von Schuldscheindarlehen, Namensschuldverschreibungen sowie Tages- und Festgeldanlagen werden nur bei geeigneten Kreditinstituten im Rahmen der Bankenrechtskoordinierungsrichtlinie 2000/12/EG vorgenommen. Zusätzlich muss das Kreditinstitut an einem Einlagensicherungssystem mitwirken. Renten-Investitionen ohne Rating erfolgen im Rahmen speziell ausgesuchter Adressen mit guter Bonitätseinschätzung, die durch die Zugehörigkeit zum Einlagensicherungsfonds ein stark begrenztes Ausfallrisiko aufweisen und für die wir als internes Rating einen Wert zwischen A+ und BBB- festgelegt haben. Alle Emissionen werden somit mit den jeweils gültigen Ratings großer internationaler Ratingagenturen bzw. einem Äquivalent verknüpft.

Damit ergibt sich folgende prozentuale Aufteilung der Anlagen auf Marktwertbasis:

Investment-Grade (Ratingkategorien AAA – BBB-)	100,0 %
ohne Rating (non rated)	0,0 %

LIQUIDITÄTSRISIKO

Als Liquiditätsrisiko wird das Risiko bezeichnet, Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt ihrer Fälligkeit mangels ausreichend vorhandener liquider Mittel nicht erfüllen zu können.

Diesem Risiko begegnen wir mittels einer Liquiditätsplanung. Für das jeweilige Geschäftsjahr wird dabei eine Prognose der Zahlungsströme auf Monatsbasis erstellt, die regelmäßig an die aktuelle Geschäftsentwicklung angepasst wird. Darüber hinaus berücksichtigt das Asset Management generell die Marktgängigkeit einzelner Anlagen.

OPERATIONALE RISIKEN

Operationale Risiken treten im Zusammenhang mit betrieblichen Systemen oder Prozessen auf, vielfach auch als betriebliche oder rechtliche Risiken (vertragliche Vereinbarungen oder rechtliche Rahmenbedingungen). Sie können durch menschliches oder technisches Versagen sowie durch externen Einfluss entstehen.

Durch ein ausgeprägtes internes Kontrollsystem, das die Arbeitsanweisungen, Plausibilitäts- und Abstimmungsprüfungen, organisatorische Trennung von Funktionen sowie umfangreiche Kontrollen beinhaltet, wird sichergestellt, dass mögliche Risiken im Rahmen der operationalen Tätigkeit unserer Funktionseinheiten vermieden bzw. auf ein akzeptables Maß reduziert werden. Die ständige Verbesserung dieser Sicherheitsmaßnahmen ist das Ziel. Die Funktionen des IT-Sicher-

heitsbeauftragten, Compliancebeauftragten, Datenschutzbeauftragten, Brandschutzbeauftragten und Notfallbeauftragten stellen durch die Kontrolle und Überwachung der Einhaltung der jeweiligen Vorgaben ein wirksames Internes Kontrollsystem in diesen Bereichen sicher.

Neben der Verfeinerung der technischen Kontrollen im Schadenzahlungsbereich werden vor allem im Bereich der Informationsverarbeitung durch die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Versicherungsunternehmen kontinuierlich Anstrengungen unternommen, die Datensicherheit und Vertraulichkeit elektronisch gespeicherter und übertragener Informationen über deren gesamten Lebenszyklus weiter zu verbessern.

Rechtliche Risiken und Risiken aus Geschäftsprozessen existieren prinzipiell auch bei der Badischen Rechtsschutzversicherung AG, besondere existenzgefährdende Sachverhalte haben sich nicht konkretisiert.

Von der Internen Revision werden alle Unternehmensbereiche regelmäßig dahingehend überprüft, ob sie bei der Durchführung ihrer Tätigkeiten die dafür gültigen gesetzlichen Regelungen und bestehende unternehmensinterne Anweisungen einhalten. Neben der laufenden Prüfung des Betriebs- und Schadenbereichs werden die Effektivität und Effizienz des Risikomanagementsystems regelmäßig überprüft. Ferner wurde der Kapitalanlagebereich einer eingehenden Prüfung entsprechend der aufsichtsrechtlichen Anforderungen unterzogen.

ZUSAMMENFASSENDE DARSTELLUNG DER RISIKOLAGE

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass auch im Geschäftsjahr 2011 keine Entwicklungen erkennbar sind, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Badischen Rechtsschutzversicherung AG nachhaltig negativ beeinflussen könnten.

Die Solvabilität entspricht den gesetzlichen Anforderungen. Die Solvabilitätsspanne ist in Höhe von 294,8 % mit Eigenmitteln bedeckt. Dabei wurden die Bewertungsreserven in den Kapitalanlagen nicht berücksichtigt. Dies belegt die insgesamt gute Risikosituation unserer Gesellschaft.

BESONDERE EREIGNISSE

Bis zur Erstellung des Lageberichts gab es bei der Badischen Rechtsschutzversicherung AG keine besonderen Ereignisse und bis zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Geschäftsberichtes sind keine Risiken bekannt, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden.

ERKLÄRUNG GEMÄSS § 312 AKTG

Der gemäß § 312 AktG zu erstattende Abhängigkeitsbericht über die Beziehungen der Gesellschaft zu verbundenen Unternehmen ist fristgerecht vorgelegt worden; er schließt mit folgender Erklärung:

„Unsere Gesellschaft hat bei den im Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften nach den Umständen, die uns zum Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten. Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse von verbundenen Unternehmen lagen nicht vor.“

AUSBLICK UND CHANCEN

Die Aussichten bezüglich des gesamtwirtschaftlichen Umfeldes und deren Auswirkungen auf die Rechtsschutzversicherung lassen aus heutiger Sicht keine nachhaltige Prognose zu. Es steht zu erwarten, dass das wirtschaftliche Wachstum sich vor dem Hintergrund der europäischen Herausforderungen verlangsamen wird. Die Marktdurchdringung (Anzahl der versicherten Haushalte) der Rechtsschutzversicherung wird sich auf dem derzeitigen Niveau stabilisieren, da insbesondere der Arbeitsschutz in solchen Zeiten nicht an Attraktivität verliert. Der Wettbewerb um die Versicherungsnehmer wird sich dabei weiter fortsetzen. Produktinhalte, Assistance-Leistungen und Prämie werden dabei im Focus des Marktes stehen. Es steht zu erwarten, dass sich auf der Basis der anhaltenden Wirtschafts- und Finanzkrise die Schadenentwicklung wieder verschlechtern wird. Deshalb erwarten wir für das Geschäftsjahr 2012 einen Zuwachs beim Schadenaufwand.

Wir konzentrieren uns auf das Angebot bedarfsgerechter Versicherungsprodukte und einem besonderen Preis-Leistungsverhältnis, mit welchen wir uns gute Chancen am Markt ausrechnen. Im Privatgeschäft fokussiert sich dies nicht nur auf die Deckung eines Grundbedarfs durch unser Basisprodukt „proSB“, sondern auch auf das Angebot für den gehobenen Kundenbedarf „proComfort“. Durch unser Produkt „proSenioren“ tragen wir dem Umstand Rechnung, dass sich für unsere Versicherungsnehmer aufgrund des Austritts aus dem Arbeits- und Berufsleben eine veränderte Lebenssituation ergibt.

Im Firmen- und Gewerbegebiet konzentrieren wir uns auf kleine und mittelständische Betriebe wie z.B. das Handwerk insbesondere in der badischen Region.

Ein guter Schadenverlauf des Versicherungsvertrags wird bei unseren Produkten durch die Rückstufung des Selbstbehalts belohnt. Dies kann bereits nach drei Jahren ohne Schadenzahlung zum Wegfall des Selbstbehalts führen. Die starke Nachfrage unserer Kunden nach diesem einfachen und leicht nachvollziehbaren Modell bestätigt diese Selbstbehaltvariante.

Zur Festigung und zum Ausbau unserer guten Marktposition achten wir weiter auf die Verbesserung und Automatisierung unserer Geschäftsprozesse sowohl in der Vertragsverwaltung als auch in der Schadenbearbeitung. Die Anwälte unserer Kunden können im Schadenfall mit uns über Anwaltsportale korrespondieren. Die Abwicklung ist schnell, einfach und unkompliziert und eignet sich sehr für die Standardfälle in der Rechtsschutzversicherung. Die Korrespondenz mit Anwälten über diese Portale wird zukünftig immer mehr Raum einnehmen. Insgesamt bieten wir unseren Kunden durch eine effektive und kundenfreundliche Abwicklung der Schadenfälle eine optimale Betreuung und schnelle Hilfe im Schadenfall. Damit werden wir auch in 2012 unsere Marktposition ausbauen und unseren Bekanntheitsgrad weiter erhöhen.

Als wichtiges Instrument zur Kundenbindung und zur Steigerung unserer Servicequalität setzen wir weiterhin auf zusätzliche Assistance-Leistungen wie die telefonische Rechtsberatung, bei der unabhängige und kompetente Rechtsanwälte eine fundierte Empfehlung geben. Unseren „proComfort“-Kunden bieten wir zusätzlich online die Möglichkeit einer schnellen schriftlichen Rechtsberatung durch Rechtsanwälte und damit eine konkrete Hilfe bei ihren rechtlichen Problemen. Neben dem klassischen forensischen Weg zur Durchsetzung ihrer Rechte bieten wir unseren Kunden auch die Möglichkeit der professionellen Konfliktlösungsunterstützung durch einen Mediator, der in geeigneten Fällen telefo-

nisch zwischen den Konfliktparteien vermittelt. Ein neuer Weg der Streitschlichtung, den wir unterstützen und wovon wir unsere Kunden aktiv überzeugen wollen. Im Firmengeschäft setzen wir auf zusätzliche Service-Leistungen wie das Forderungsmanagement und Bonitätsauskünfte.

Wir sind überzeugt, dass wir mit unseren innovativen Produkten und Versicherungslösungen unseren Marktauftritt als günstiger, dynamischer und leistungsstarker Versicherer über alle Absatzkanäle weiter schärfen werden.

Da wir eine konservative und zurückhaltende Kapitalmarktstrategie verfolgen, gehen wir in den Geschäftsjahren 2012 und 2013 von positiven Kapitalanlageergebnissen aus, auch wenn sich die Durchschnittsverzinsung nicht weiter verbessern wird. Für die Geschäftsjahre 2012 und 2013 erwarten wir positive Geschäftsergebnisse.

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Ende des Geschäftsjahres 2011 nicht eingetreten.

DANK AN MITARBEITER UND GESCHÄFTSPARTNER

Unseren Geschäftspartnern und Kunden danken wir herzlich für das entgegengebrachte Vertrauen. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken wir sehr für ihr Engagement und die Loyalität zu unserer Gesellschaft. Sie haben erneut mit großem und überdurchschnittlichem Einsatz und guten Fachkenntnissen hervorragende Arbeit geleistet.

JAHRESÜBERSCHUSS UND GEWINNVERWENDUNGSVORSCHLAG

	<i>EUR</i>
<i>Jahresüberschuss</i>	813.500
<i>Gewinnvortrag aus dem Vorjahr</i>	519.245
<i>Einstellung in Gewinnrücklagen</i>	400.000
<i>Bilanzgewinn</i>	932.745
<hr/>	
<i>Vorstand und Aufsichtsrat schlagen der Hauptversammlung folgende Gewinnverwendung vor:</i>	
<i>Auszuschüttender Betrag an den Aktionär</i>	300.000
<i>Zusätzliche Einstellung in Gewinnrücklagen</i>	100.000
<hr/>	
<i>Gewinnvortrag</i>	532.745



JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2011

/ Aktiva

	EUR	2011 EUR	EUR	2010 EUR
A. KAPITALANLAGEN				
<i>Sonstige Kapitalanlagen</i>				
1. <i>Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</i>		8.999.080,83		8.356.384
2. <i>Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</i>		6.040.525,00		5.982.175
3. <i>Sonstige Ausleihungen</i>				
a) <i>Namenschuldverschreibungen</i>	4.100.000,00			4.625.000
b) <i>Schuldscheinforderungen und Darlehen</i>	<u>9.250.000,00</u>	13.350.000,00		9.750.000
4. <i>Einlagen bei Kreditinstituten</i>		<u>9.445.211,54</u>		6.806.803
			37.834.817,37	35.520.362
B. FORDERUNGEN				
I. <i>Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:</i>				
1. <i>Versicherungsnehmer</i>	100.178,65			78.174
2. <i>Versicherungsvermittler</i>	<u>2.044,33</u>			0
		102.222,98		78.174
II. <i>Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft</i>		309.348,85		265.887
<i>davon Forderungen an verbundene Unternehmen:</i>				
<i>309.348,85 EUR (i. V. 265.887 EUR)</i>				
III. <i>Sonstige Forderungen</i>		552.596,05		340.335
<i>davon Forderungen an verbundene Unternehmen:</i>				
<i>860,15 EUR (i. V. 0 EUR)</i>				
			964.167,88	684.396
C. SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE				
I. <i>Sachanlagen und Vorräte</i>		3.288,00		3.452
II. <i>Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand</i>		<u>385.925,95</u>		620.495
			389.213,95	623.947
D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN				
<i>Abgegrenzte Zinsen und Mieten</i>			549.480,87	520.373
E. AKTIVE LATENTE STEUERN			841.070,64	534.388
		SUMME DER AKTIVA	<u>40.578.750,71</u>	<u>37.883.466</u>

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2011

/ Passiva

	EUR	2011 EUR	EUR	2010 EUR
A. EIGENKAPITAL				
I. Eingefordertes Kapital				
Gezeichnetes Kapital		3.500.000,00		3.500.000
II. Kapitalrücklage		430.492,34		430.492
davon Rücklage gemäß § 5 Abs. 5 Nr. 3 VAG: 225.975,59 EUR (i. V. 225.976 EUR)				
III. Gewinnrücklagen				
1. gesetzliche Rücklage	145.483,25			145.483
2. andere Gewinnrücklagen	4.052.909,24	4.198.392,49		3.452.910
IV. Bilanzgewinn		932.745,00		1.019.245
			9.061.629,83	8.548.130
B. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RÜCKSTELLUNGEN				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	3.772.951,00			3.450.380
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	870.327,00			795.863
		2.902.624,00		2.654.517
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	32.935.661,00			30.966.511
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	9.007.201,00			8.528.595
		23.928.460,00		22.437.916
III. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		2.036.161,00		2.065.002
IV. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	11.200,00			8.700
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			0
		11.200,00		8.700
			28.878.445,00	27.166.135
C. ANDERE RÜCKSTELLUNGEN				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		942.263,00		775.441
II. Steuerrückstellungen		140.362,00		75.113
III. Sonstige Rückstellungen		77.300,00		68.900
			1.159.925,00	919.454
D. ANDERE VERBINDLICHKEITEN				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber				
1. Versicherungsnehmern	901.167,60			930.071
2. Versicherungsvermittlern	55,07			0
		901.222,67		930.071
II. Sonstige Verbindlichkeiten		577.528,21		319.676
davon:				
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen: 384.099,63 EUR (i. V. 169.285 EUR)				
aus Steuern: 181.811,69 EUR (i. V. 144.766 EUR)				
			1.478.750,88	1.249.747
		SUMME DER PASSIVA	40.578.750,71	37.883.466

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR 2011 BIS 31. DEZEMBER 2011

/ Posten

	2011		2010
	EUR	EUR	EUR
I. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG			
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung			
a) Gebuchte Bruttobeiträge	17.410.537,35		16.389.293
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	<u>5.219.609,21</u>		<u>4.923.755</u>
		12.190.928,14	11.465.538
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	-322.571,00		-378.241
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	<u>74.464,00</u>		<u>87.215</u>
		<u>-248.107,00</u>	<u>-291.026</u>
		11.942.821,14	11.174.512
2. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			
		7.046,63	1.589
3. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle			
aa) Bruttobetrag	12.324.335,82		11.413.036
bb) Anteil der Rückversicherer	<u>3.168.514,08</u>		<u>2.938.682</u>
		9.155.821,74	8.474.354
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
aa) Bruttobetrag	1.969.150,00		1.946.944
bb) Anteil der Rückversicherer	<u>478.606,00</u>		<u>522.629</u>
		<u>1.490.544,00</u>	<u>1.424.315</u>
		10.646.365,74	9.898.669
4. Veränderung der sonstigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen			
		-2.500,00	-3.200
5. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung			
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		2.530.673,80	2.322.663
b) davon ab:			
erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		<u>1.304.902,30</u>	<u>1.227.786</u>
		1.225.771,50	1.094.877
6. Zwischensumme		75.230,53	179.355
7. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen		<u>28.841,00</u>	<u>-33.225</u>
8. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung		104.071,53	146.130

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR 2011 BIS 31. DEZEMBER 2011

/ Posten

	2011		2010
	EUR	EUR	EUR
II. NICHTVERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG			
1. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	1.348.263,75		1.383.645
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>0,00</u>		<u>7.950</u>
		1.348.263,75	1.391.595
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	53.860,07		48.467
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	0,00		4.350
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>5.550,00</u>		<u>23.625</u>
		<u>59.410,07</u>	<u>76.442</u>
		1.288.853,68	1.315.153
3. Sonstige Erträge		196.292,70	207.847
4. Sonstige Aufwendungen		<u>448.165,41</u>	<u>403.272</u>
		-251.872,71	-195.425
5. Nichtversicherungstechnisches Ergebnis		<u>1.036.980,97</u>	<u>1.119.728</u>
6. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		1.141.052,50	1.265.858
7. Außerordentliche Aufwendungen		0,00	<u>17.339</u>
8. Außerordentliches Ergebnis		0,00	-17.339
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		326.160,04	352.837
10. Sonstige Steuern		<u>1.392,46</u>	<u>1.082</u>
		<u>327.552,50</u>	<u>353.919</u>
11. Jahresüberschuss		813.500,00	894.600
12. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		<u>519.245,00</u>	<u>524.645</u>
		1.332.745,00	1.419.245
13. Einstellungen in Gewinnrücklagen in andere Gewinnrücklagen		400.000,00	<u>400.000</u>
14. Bilanzgewinn		<u>932.745,00</u>	<u>1.019.245</u>

/ Aufsichtsrat

Heinz Fenrich

Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe

Vorsitzender

Werner Oeldorf

Bürgermeister a. D. der Gemeinde Hirschberg

Stellvertretender Vorsitzender

Jürgen Bäuerle

Landrat des Landkreises Rastatt

Wolfgang Gerstner

Oberbürgermeister der Stadt Baden-Baden

Heinz Ohnmacht

Geschäftsleitender Direktor des Badischen

Gemeinde-Versicherungs-Verbandes, Karlsruhe

Ira Sattler

Bürgermeisterin der Gemeinde Jestetten

/ Vorstand

Roland Fahrner

Direktor

Thomas Kollöffel

Direktor

/ Aufsicht

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht,

Bereich Versicherungen, Bonn



BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen aufgestellt.

Die im amtlichen Formblatt vorgesehenen, aber nicht belegten Positionen werden nicht aufgeführt.

AKTIVA

Die Bewertung der dem Anlagevermögen zugeordneten Anteile am Investmentfonds erfolgte zu Anschaffungskosten vermindert um Abschreibungen gemäß § 341b Abs. 2 HGB i. V. m. § 253 Abs. 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip.

Sind die Gründe für eine ehemals durchgeführte Abschreibung entfallen, wird gemäß § 253 Abs. 5 HGB eine Zuschreibung bis maximal auf den Anschaffungswert vorgenommen.

Inhaberschuldverschreibungen sind dem Anlagevermögen zugeordnet und wurden zu Anschaffungskosten gemäß § 341b Abs. 2 HGB i. V. m. § 253 Abs. 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bilanziert. Abschreibungen bei Inhaberschuldverschreibungen im Anlagevermögen wurden nicht vorgenommen, da nicht von einer dauerhaften Wertminderung auszugehen ist. Der Zeitwert der Inhaberschuldverschreibungen beträgt 6.148 Tsd. EUR; bei einem Buchwert von 6.041 Tsd. EUR bestehen stille Reserven in Höhe von 113 Tsd. EUR sowie stille Lasten in Höhe von 6 Tsd. EUR.

Namenschuldverschreibungen und Einlagen bei Kreditinstituten sind mit dem Nennwert angesetzt. **Schuldscheinforderungen und Darlehen** werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Die Ermittlung der Zeitwerte erfolgt je Papier unter Zugrundelegung von Zinsstrukturkurven (DGZF öffentliche Pfandbriefe), des Euribors für Kurzläufer und der Midswapsätze für Langläufer über 10 Jahre. Das Emittentenrisiko wird nicht berücksichtigt, da im Bestand ausschließlich Papiere von Kreditinstituten gehalten werden, die Mitglied im Einlagensicherungsfonds sind bzw. für die Gewährträgerhaftung besteht. Die **Forderungen an Versicherungsnehmer** sind zum Nennwert bilanziert worden; wegen des allgemeinen Ausfallrisikos wurden Wertberichtigungen in angemessener Höhe abgesetzt.

Andere Forderungen und laufende Guthaben bei Kreditinstituten wurden jeweils mit dem Nennwert bzw. mit dem Barwert bilanziert. Die Gegenstände der **Betriebs- und Geschäftsausstattung** wurden mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt.

Die **Rechnungsabgrenzungsposten** sind mit den Nominalwerten angesetzt.

Der Posten **Aktive latente Steuern gem. § 274 Abs. 1 HGB** resultiert aus zeitlich begrenzten Unterschiedsbeträgen zwischen Handels- und Steuerbilanz. Auf die Unterschiedsbeträge wurden Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer gerechnet.

PASSIVA

Die **Beitragsüberträge** wurden im Geschäftsjahr nach der 1/12-Methode auf der Grundlage der Bestandsbeiträge ermittelt. Hierbei wurden die nicht übertragsfähigen Beitragsteile berücksichtigt. Die Anteile des Rückversicherers an den Beitragsüberträgen wurden entsprechend der Abrechnung mit dem Rückversicherer angesetzt.

Die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** wurde je Einzelschaden ermittelt. Außerdem wurde für noch nicht bekannte Ereignisse eine Spätschadenrückstellung unter Anwendung des Chain-Ladder-Verfahrens gebildet. Die Schadenregulierungskosten wurden unter Berücksichtigung des koordinierten Ländererlasses vom 2. Februar 1973 errechnet.

Regressforderungen wurden - soweit sie aktivierungsfähig sind - von der Rückstellung abgesetzt.

Die Anteile des Rückversicherers an den Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurden entsprechend des bestehenden Rückversicherungsvertrags angesetzt.

Die **Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen** wurden entsprechend § 29 RechVersV und der Anlage zu § 29 RechVersV ermittelt.

Die **sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen** enthalten eine Stornorückstellung für Beitragsforderungen, die auf der Grundlage eines entsprechenden mathematischen Modells auf der Basis von Vergangenheitswerten berechnet wurde. Die **nichtversicherungstechnischen Rückstellungen** wurden in Höhe der zu erwartenden Inanspruchnahme gebildet. Aus den durch das BilMoG geänderten Bewertungsvorschriften für langfristige Rückstellungen resultiert zum einen aus der Rückstellung für die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen auf Grund des Wahlrechts des Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB zum 31. Dezember 2011 eine Überdeckung von 1 Tsd. EUR. Zum anderen ergibt sich aus den Steuerrückstellungen und der Rückstellung für Zinsen auf Steuernachzahlungen im Zusammenhang mit Betriebsprüfungsrisiken eine Überdeckung von 4 Tsd. EUR.

Die **Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** wurden basierend auf den biometrischen Grundwerten (Wahrscheinlichkeiten für Todes- und Invaliditätsfälle) nach Klaus Heubeck (Richttafeln RT 2005 G) berechnet. Die Bewertung nach BilMoG hat auf Basis realistischer Annahmen zu erfolgen. Künftige Gehaltserhöhungen und künftige Rentenanpassungen sowie Annahmen über Kündigungsraten sind in die Berechnungen gemäß BilMoG einzubeziehen. Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen erfolgte nach dem international anerkannten Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode). Die Abzinsung erfolgte unter Annahme einer Restlaufzeit von 15 Jahren gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB. Folgende Parameter wurden angesetzt:

Pensionsalter	63 Jahre
Gehaltsdynamik	2,20 % p.a.
Rentendynamik	2,00 % p.a.
Zinssatz ¹⁾	5,14 % p.a.
Fluktuation	0,00 % p.a.

¹⁾ gem. Deutsche Bundesbank vom 30.11.2011

Sämtliche **Verbindlichkeiten** sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt worden.

ENTWICKLUNG DES AKTIVPOSTENS A IM GESCHÄFTSJAHR 2011

	<i>Bilanzwerte Vorjahr Tsd. EUR</i>
A. KAPITALANLAGEN	
<i>Sonstige Kapitalanlagen</i>	
1. <i>Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</i>	8.356
2. <i>Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</i>	5.982
3. <i>Sonstige Ausleihungen</i>	
a) <i>Namenschuldverschreibungen</i>	4.625
b) <i>Schuldscheinforderungen und Darlehen</i>	9.750
4. <i>Einlagen bei Kreditinstituten</i>	6.807
5. Summe A	35.520

Angabe von Zeitwert und Bewertungsreserven der Kapitalanlagen

	<i>Zeitwerte Geschäftsjahr Tsd. EUR</i>
A. KAPITALANLAGEN	
<i>Sonstige Kapitalanlagen</i>	
1. <i>Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</i>	9.556
2. <i>Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</i>	6.149
3. <i>Sonstige Ausleihungen</i>	
a) <i>Namenschuldverschreibungen</i>	4.265
b) <i>Schuldscheinforderungen und Darlehen</i>	9.753
4. <i>Einlagen bei Kreditinstituten</i>	9.788
5. Summe A	39.511

<i>Zugänge</i>	<i>Umbuchungen</i>	<i>Abgänge</i>	<i>Zuschreibungen</i>	<i>Abschreibungen</i>	<i>Bilanzwerte</i>
<i>Tsd. EUR</i>	<i>Tsd. EUR</i>	<i>Tsd. EUR</i>	<i>Tsd. EUR</i>	<i>Tsd. EUR</i>	<i>Geschäftsjahr</i>
					<i>Tsd. EUR</i>
643	-	-	-	-	8.999
1.564	-	1.505	-	-	6.041
-	-	525	-	-	4.100
1.000	-	1.500	-	-	9.250
2.638	-	-	-	-	9.445
5.845	-	3.530	-	-	37.835

<i>Stille Reserven</i>	<i>Stille Lasten</i>	<i>Zeitwerte</i>	<i>Stille Reserven</i>	<i>Stille Lasten</i>
<i>Geschäftsjahr</i>	<i>Geschäftsjahr</i>	<i>Vorjahr</i>	<i>Vorjahr</i>	<i>Vorjahr</i>
<i>Tsd. EUR</i>	<i>Tsd. EUR</i>	<i>Tsd. EUR</i>	<i>Tsd. EUR</i>	<i>Tsd. EUR</i>
557	-	9.184	828	-
114	6	6.019	50	13
165	-	4.861	236	-
503	-	10.392	642	-
343	-	7.058	251	-
1.682	6	37.514	2.007	13

ERLÄUTERUNGEN ZUR JAHRESBILANZ

/ Aktiva

ANGABE ZU DEN INVESTMENTANTEILEN ISD. § 285 NR. 26 HGB

<i>Art des Fonds</i>	<i>Gemischter Fonds 2011 EUR</i>	<i>Gemischter Fonds 2010 EUR</i>
<i>Buchwert 31.12.</i>	8.999.081	8.356.384
<i>Marktwert 31.12.</i>	9.556.138	9.184.380
<i>Bewertungsreserve 31.12.</i>	557.057	827.996
<i>Ausschüttung GJ</i>	188.611	195.170
<i>Tägliche Rückgabe möglich</i>	Ja	Ja
<i>Unterlassene Abschreibung</i>	Nein	Nein

SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

	<i>2011 EUR</i>	<i>2010 EUR</i>
I. SACHANLAGEN UND VORRÄTE		
<i>Betriebs- und Geschäftsausstattung</i>		
<i>Anfangsbestand</i>	3.452	4.000
<i>+ Zugänge/Umbuchungen</i>	480	-
<i>- Abgänge/Umbuchungen</i>	-	-
<i>- Abschreibungen</i>	644	548
<i>Endbestand</i>	<u>3.288</u>	<u>3.452</u>
II. LAUFENDE GUTHABEN BEI KREDITINSTITUTEN, SCHECKS UND KASSENBESTAND		
<i>Laufende Guthaben bei Kreditinstituten</i>	<u>385.926</u>	<u>620.495</u>

AKTIVE LATENTE STEUERN

Die latenten Steuern beruhen auf Abweichungen von Handelsbilanz und Steuerbilanz bei den Positionen Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle sowie Andere Rückstellungen.

Die Bewertung erfolgte mit einem Steuersatz von 30,2 %.

Der aktivierte Betrag in Höhe von 841.070,64 EUR unterliegt einer Ausschüttungssperre im Rahmen der Gewinnausschüttung an den Gesellschafter.

/ Passiva

EIGENKAPITAL

I. Eingefordertes Kapital

Gezeichnetes Kapital

Zum 31. Dezember 2011 beträgt das Gezeichnete Kapital 3.500.000 EUR und ist in 400 auf den Namen lautende Stückaktien eingeteilt.

Der Badische Gemeinde-Versicherungs-Verband, Karlsruhe, als Alleinaktionär, hat gemäß § 20 AktG am 16. Dezember 1996 mitgeteilt, dass er 100 % der Aktien besitzt.

II. Kapitalrücklage

Der Bilanzwert hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert; er beträgt zum 31. Dezember 2011 430.492,34 EUR.

Von dem Bilanzbetrag entfallen 225.975,59 EUR auf die Rücklage gemäß § 5 Abs. 5 Nr. 3 VAG (Organisationsfonds).

III. Gewinnrücklagen

Durch den Beschluss der Hauptversammlung im Geschäftsjahr 2011 wurden aus dem Bilanzgewinn 2010 zusätzlich 200.000 EUR in die andere Gewinnrücklagen eingestellt.

Weiterhin wurden im Berichtsjahr aus dem Jahresüberschuss 400.000 EUR in andere Gewinnrücklagen eingestellt, die somit insgesamt 4.052.909,24 EUR betragen.

IV. Bilanzgewinn

Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr in Höhe von 519.245 EUR sowie der Einstellung in Gewinnrücklagen in Höhe von 400.000 EUR beträgt der Bilanzgewinn 932.745 EUR.

VERSICHERUNGSTECHNISCHE BRUTORÜCKSTELLUNGEN SELBST ABGESCHLOSSENES VERSICHERUNGSGESCHÄFT

	2011 EUR	2010 EUR
INSGESAMT	38.755.973	36.490.593
davon		
II. BRUTORÜCKSTELLUNGEN FÜR NOCH NICHT ABGEWICKELTE VERSICHERUNGSFÄLLE	32.935.661	30.966.511
III. SCHWANKUNGSRÜCKSTELLUNG UND ÄHNLICHE RÜCKSTELLUNGEN	2.036.161	2.065.002

ANDERE RÜCKSTELLUNGEN

	2011 EUR	2010 EUR
III. SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN		
Prüfungs- und Steuerberatungskosten	45.700	43.300
Verwaltungskosten	28.800	23.000
Sonstige	<u>2.800</u>	<u>2.600</u>
	<u>77.300</u>	<u>68.900</u>

ANDERE VERBINDLICHKEITEN

	2011 EUR	2010 EUR
II. SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN		
Steuerverbindlichkeiten	181.812	144.766
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus dem Abrechnungsverkehr	384.099	169.285
Sonstiges	<u>11.617</u>	<u>5.625</u>
	<u>577.528</u>	<u>319.676</u>

Die im Vorjahr ausgewiesenen sonstigen Verbindlichkeiten aus Schäden in Höhe von 155 Tsd. EUR wurden im Rahmen der SAP-FSCD-Einführung den Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungsnehmern zugeordnet.

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren bestanden zum Bilanzstichtag nicht.



ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

/ Für die Zeit vom 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2011

VERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG SELBST ABGESCHLOSSENES VERSICHERUNGSGESCHÄFT

	2011 EUR	2010 EUR
a) gebuchte Bruttobeiträge	17.410.537	16.389.293
b) verdiente Bruttobeiträge	17.087.966	16.011.051
c) verdiente Nettobeiträge	11.942.821	11.174.512
d) Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	14.293.486	13.359.980
e) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	2.530.674	2.322.663
f) Rückversicherungssaldo	-193.123	-147.443
g) Versicherungstechnisches Ergebnis f.e.R.	104.072	146.130

	2011 Stück	2010 Stück
Anzahl der Verträge	165.481	159.142

Die Abwicklung der Vorjahresschäden, einschließlich der Spätschäden, ergab im Geschäftsjahr einen Abwicklungsgewinn.

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb untergliedern sich wie folgt:

	2011 Stück	2010 Stück
1. Abschluss von Versicherungsverträgen	1.447.373	1.286.149
2. Verwaltung von Versicherungsverträgen	1.083.301	1.036.514
	<u>2.530.674</u>	<u>2.322.663</u>

STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG

	2011 EUR	2010 EUR
1. Laufende Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	632.843	484.000
2. Latente Steuererträge	-306.683	-131.163
	<u>326.160</u>	<u>352.837</u>

Der Ertragsteueraufwand belastet ausschliesslich das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

/ Sonstige Angaben

Im Geschäftsjahr 2011 waren keine eigenen Mitarbeiter beschäftigt. Die BGV-Versicherung AG stellt das für den Geschäftsbetrieb notwendige Personal sowie Sachmittel nach Maßgabe eines Vertrages über Zusammenarbeit sowie eines Funktionsausgliederungsvertrages zur Verfügung. Sämtliche Kosten wurden gegen Kostenerstattung nach dem Vollkostenprinzip verrechnet. Geschäfte mit nahestehenden Personen erfolgten zu marktüblichen Konditionen.

Der Badische Gemeinde-Versicherungs-Verband als Alleinaktionär erstellt unter Einbeziehung der Badischen Rechtsschutzversicherung AG einen Konzernabschluss, der im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht wird.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates betragen 18.223 EUR (i. V. 18.252 EUR).

Von einer Angabe der Vorstandsbezüge gemäß § 285 Nr. 9a HGB sowie des Musters 2 RechVersV (Personalaufwendungen) wurde in Anwendung der Ausnahmeregelung gemäß § 286 Abs. 4 HGB abgesehen. Ferner wurde auf die Angabe des Gesamthonorars des Abschlussprüfers in Anwendung der Ausnahmeregelung gemäß § 285 Nr. 17 HGB verzichtet.

Karlsruhe, 16. März 2012

Badische Rechtsschutzversicherung AG

Der Vorstand

Fahrner

Kollöffel

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Badische Rechtsschutzversicherung Aktiengesellschaft, Karlsruhe, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, 13. April 2012

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Alexander Hofmann
Wirtschaftsprüfer

Christofer Hattemer
Wirtschaftsprüfer

BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Der Aufsichtsrat wurde vom Vorstand über die Lage der Gesellschaft und die wesentlichen Geschäftsvorfälle regelmäßig mündlich und schriftlich unterrichtet. Er hat die Berichte des Vorstands in seinen Sitzungen behandelt. Die Entwicklung der Gesellschaft wurde gemeinsam mit dem Vorstand erörtert.

Der vom Vorstand vorgelegte Jahresabschluss 2011 und der Lagebericht 2011 sind unter Einbeziehung der Buchführung der Gesellschaft von der PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, geprüft worden. Der Bericht des Abschlussprüfers lag dem Aufsichtsrat vor; er enthielt den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Der Abschlussprüfer hat an der Sitzung des Aufsichtsrates teilgenommen und über das Ergebnis seiner Prüfung berichtet.

Der Aufsichtsrat hat auch seinerseits den Jahresabschluss und den Lagebericht des Vorstands geprüft. Dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses durch den Abschlussprüfer tritt der Aufsichtsrat bei. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung erhebt der Aufsichtsrat keine Einwendungen und billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss. Dieser ist damit festgestellt.

Dem Vorschlag des Vorstandes über die Verwendung des Bilanzgewinns schließt sich der Aufsichtsrat an.

Der nach § 312 des Aktiengesetzes zu erstellende Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen ist vom Aufsichtsrat und vom Abschlussprüfer geprüft worden. Der Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers hat folgenden Wortlaut:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind und
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Aufsichtsrat hat nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung gegen den Bericht des Vorstandes nach § 312 des Aktiengesetzes und den Bericht des Abschlussprüfers hierzu sowie zu der Erklärung des Vorstandes am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen keine Einwendungen zu erheben.

Karlsruhe, 25. Mai 2012

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates

Fenrich
Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe

